

## Infobrief April 2015 Nr. 3

### Inhalt:

- Bundeswehr an Schulen: Antreten im Klassenzimmer! (spiegel online)
  - Baden-Württemberg: Bundeswehr darf an Schulen nicht für den Wehrdienst werben.
  - Reklame fürs Militär: Bundeswehr hält Tausende Vorträge an Schulen.
  - Bundeswehr-Werbung für Jugendliche: Palmen, Party, Panzerfahren.
- Garnisonkirche: Huber setzt auf Friedensarbeit.
- »Das Erinnern hat keinen Schlusspunkt« Gedenkfeiern zur Befreiung der Konzentrationslager vor 70 Jahren in Brandenburg Oranienburg/Ravensbrück (epd).
- Rechtsextremismus Bischöfin Junkermann bei Friedensgebet in Tröglitz Zeitz (epd).
- Kriminalität Hakenkreuz-Schmierereien an Flüchtlingsheim Solingen (epd).
- Gedenken Gauck besucht sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock (epd)
- »Deutsche Mitschuld am Armenier-Genozid klar benennen« Drei Fragen an die Präses der EKD-Synode, Irmgard Schwaetzer (epd)
- Todesmärsche in die Wüste Der Genozid an den Armeniern belastet das türkisch-armenische Verhältnis bis heute (epd)
- Bonner Ausstellung zeigt »Frauen in Krieg und Frieden« (epd)
- Bunkerkirche in Düsseldorf zeigt Werk von Otto Pankok (epd)
- Bonhoeffer-Gedenken EKD-Ratschef ermutigt Christen zur Einmischung (epd)
- Friedensethik Huber forderte völkerrechtliche Regeln für Kampfdrohnen (epd)
- Weltweite Rüstungsausgaben 2014 leicht gesunken (epd)
- Was der Krieg hinterlässt Essener Folkwang Museum zeigt Fotos über Folgen von Konflikten (epd)
- Horror, Ultragewalt und Abenteuer Der »Islamische Staat« verfolgt eine moderne Medienstrategie (epd)
- Aus dem Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.
  - Ursachen und Hintergründe der Krisen und Umbrüche in der arabischen Welt
  - 70 Jahre Kriegsende
  - Beihilfe zum Völkermord
  - Exodus
  - In den Gangs von Neukölln
  - Regieren jenseits des Nationalstaates
- „Krieg und Flucht im Unterricht. Biographische Zugänge und didaktische Materialien“. (Berghof Foundation)
- Newsletter: Friedensbildung Schule

SPIEGEL ONLINE, 13.04.2015

---

## **Bundeswehr an Schulen: Antreten im Klassenzimmer!**

---

8100 Vorträge vor fast 140.000 Schülern, Tausende weitere Veranstaltungen: 29,9 Millionen Euro gab die Bundeswehr im vergangenen Jahr für Nachwuchswerbung im Klassenraum aus.

Von Armin Himmelrath

Den vollständigen Artikel erreichen Sie im Internet unter der URL

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/abi/bundeswehr-an-schulen-30-millionen-euro-fuer-nachwuchswerbung-a-1027935.html>

Zum Thema

---

Baden-Württemberg: Bundeswehr darf an Schulen nicht für den Wehrdienst werben

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/bundeswehr-darf-an-schulen-in-baden-wuerttemberg-nicht-offen-werben-a-986135.html>

Reklame fürs Militär: Bundeswehr hält Tausende Vorträge an Schulen

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/bundeswehr-karriereberater-werben-an-schulen-um-nachwuchs-a-963501.html>

Bundeswehr-Werbung für Jugendliche: Palmen, Party, Panzerfahren

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-wirbt-im-jugendmagazin-bravo-mit-abenteuercamps-a-855922.html>

**Aus:** epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 17\_2015**

## **Garnisonkirche: Huber setzt auf Friedensarbeit**



**Wolfgang Huber** *epd-bild / Schuck*

**Potsdam** (epd). In der Debatte über den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche will die Baustiftung mit besseren Informationen zur geplanten Friedens- und Versöhnungsarbeit neue Unterstützer gewinnen. »Dass es noch immer Menschen gibt, die behaupten, wir wollten eine Militärkirche errichten, zeigt, dass wir dieses Konzept noch deutlicher vermitteln müssen«, sagte der Kuratoriumsvorsitzende und Berliner Altbischof Wolfgang Huber in Potsdam zum Jahrestag der Zerstörung der Kirche am 14. April 1945 dem Evangelischen Pressedienst (epd). Dass noch nicht genügend Mittel für den rund 40 Millionen Euro teuren Wiederaufbau des Kirchturms eingeworben wurden, liege auch an den Debatten über das Projekt. Die Art der öffentlichen Diskussion mache die Arbeit nicht leichter, »weil immer wieder irreführende Aussagen korrigiert werden müssen«, sagte Huber. Auch unabhängig davon sei jedoch viel Zeit nötig, »wenn man private Spender dafür gewinnen will, für ein so anspruchsvolles Projekt zu spenden«. In Potsdam herrsche zudem nicht mehr die gleiche Aufbruchsstimmung wie vor 25 Jahren. Der Wiederaufbau der Garnisonkirche ist unter anderem umstritten, weil die Nationalsozialisten sie 1933 am »Tag von Potsdam« zur Inszenierung der Reichstagseröffnung nutzten. Befürworter des Wiederaufbaus argumentieren unter anderem mit der Bedeutung der Barockkirche für das Stadtbild. Mit der Entscheidung über den Entwurf, der Genehmigungsplanung und der Erteilung der Baugenehmigung seien bereits wichtige Schritte für den Wiederaufbau des Kirchturms vollzogen, betonte Huber. Mehr als die Hälfte der benötigten Mittel seien inzwischen zugesagt oder gespendet. Es schmerze ihn jedoch nach wie vor, dass der Wille derer, die einst an die »Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel« für den Wiederaufbau der Garnisonkirche gespendet haben, nicht umgesetzt werde, sagte Huber: »Aus meiner Sicht bleibt aber richtig, dass wir an unserem inhaltlichen Versöhnungskonzept festgehalten haben.« Die Nachfolger der Traditionsgemeinschaft lehnen das Konzept ab und wollen ihre Spenden deshalb an andere Empfänger verteilen. Von dem in Potsdam geplanten Bürgerdialog zur Garnisonkirche erwarte er, dass sachliche Informationen zum Stand der Planungen für die verschiedenen historischen Orte der Innenstadt ausgetauscht und die damit verbundenen Ziele besprochen werden, sagte Huber: »Wenn auf allen Seiten die vorgebrachten Argumente gehört werden, hoffe ich auf einen konstruktiven Gedankenaustausch, der sich für die Gestaltung dieses Stadtraums insgesamt positiv auswirken kann. Daran beteiligt sich die Stiftung Garnisonkirche Potsdam gern.« Der Bürgerdialog soll in Kürze starten. *epd-Gespräch: Yvonne Jennerjahn epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 17\_2015 Seite \_10*

## **»Das Erinnern hat keinen Schlusspunkt« Gedenkfeiern zur Befreiung der Konzentrationslager vor 70 Jahren in Brandenburg Oranienburg/Ravensbrück (epd).**

Zum 70. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen ist am 19. April in Brandenburg mit bewegenden Gedenkfeiern an die Opfer erinnert worden. Daran nahmen auch rund 160 Überlebende teil, darunter fast 90 Frauen, die von den Nazis in das KZ Ravensbrück verschleppt worden waren. Überlebende und Politiker riefen dazu auf, die Erinnerung an die NS-Verbrechen und ihre Opfer wachzuhalten und Rassismus und Antisemitismus in der Gegenwart entschieden entgegenzutreten. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) betonte in Sachsenhausen, Deutschland habe eine besondere Verantwortung, gegen Unrecht aufzustehen. Das Kriegsende sei keine Befreiung von der Vergangenheit gewesen, sondern »eine Befreiung, um uns der Vergangenheit zu stellen und hoffentlich aus ihr lernen zu können«, sagte Steinmeier. Verantwortung zu übernehmen bedeute dabei auch, gegen jede Form von Fremdenhass und Diskriminierung aufzustehen. »Das Erinnern hat keinen Schlusspunkt«, betonte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), der an beiden Gedenkfeiern teilnahm. Fremdenhass auf der Straße, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Morddrohungen gegen Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren, müsse mit deutlicher Gegenwehr und solidarischem Handeln begegnet werden, sagte Woidke. Die »geistigen und praktischen Brandstifter« dürften nicht in dem Glauben gelassen werden, die schweigende Mehrheit zu sein. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sagte in Ravensbrück, die NS-Verbrechen seien auch eine Mahnung, jederzeit für die Würde des Menschen einzutreten. Dies sei nicht nur Verantwortung der Politik, sondern der ganzen Gesellschaft. Die Ehrenvorsitzende des internationalen Ravensbrück-Komitees, Annette Chalut, betonte, die Opfer der NS-Verbrechen dürften niemals vergessen werden. Es sei nun Aufgabe der kommenden Generationen, diese Erinnerung zu bewahren und weitere Menschheitsverbrechen zu verhindern, sagte die 90-jährige Französin, die als Widerstandskämpferin in Ravensbrück inhaftiert war: »Wir haben die Pflicht zu absoluter Wachsamkeit.« Auch der Präsident des internationalen Sachsenhausen-Komitees, Roger Bordage, und Saul Oren, beide Überlebende des KZ, riefen zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Ideologien der Intoleranz auf. »Wir, die Gefangenen in dieser Hölle, haben niemals unseren Glauben an eine bessere, solidarische und friedliche Zukunft verloren«, betonte Bordage in Sachsenhausen. In Ravensbrück sei »jeder Stein mit schmerzlicher Erinnerung verbunden«, sagte Chalut. Dort wurden auch neue Rosen zur Erinnerung an die Opfer des Konzentrationslagers gepflanzt. Zum Abschluss der Gedenkfeier wurden nach dem jüdi-

schen Totengebet Kaddisch Blumen ins Wasser des Schwedtsees gelegt, in den einst die SS die Asche Ermordeter schüttete. Der See gilt deshalb auch als Friedhof. An den Gedenkfeiern in Ravensbrück und Sachsenhausen nahmen auch Vertreter zahlreicher anderer Länder teil, darunter aus Frankreich, Polen, Ungarn, Belgien, Österreich, Luxemburg, Norwegen und Spanien. Gäste in der Gedenkstätte Ravensbrück waren unter anderem die Ehefrau des polnischen Präsidenten, Anna Komorowska, und Daniela Schadt, Lebensgefährtin von Bundespräsident Joachim Gauck. An der Gedenkfeier in Sachsenhausen nahm auch Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) teil. In Ravensbrück im Norden Brandenburgs waren zwischen 1939 und 1945 mehr als 150.000 Menschen aus mehr als 40 Nationen inhaftiert. Zehntausende wurden ermordet oder starben an den Haftbedingungen. Ravensbrück war das größte Frauen-KZ der Nationalsozialisten auf deutschem Gebiet. In Sachsenhausen waren zwischen 1936 und 1945 mehr als 200.000 Menschen inhaftiert. Auch dort kamen Zehntausende ums Leben. Das KZ Sachsenhausen wurde am 22. April 1945, das KZ Ravensbrück am 30. April 1945 von der sowjetischen Armee befreit. *Von Yvonne Jennerjahn (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 17\_2015 Seite \_17**

### **Rechtsextremismus Bischöfin Junkermann bei Friedensgebet in Tröglitz Zeitz (epd).**

Zwei Wochen nach dem Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz in Sachsen-Anhalt hat die mitteldeutsche Landesbischöfin Ilse Junkermann die Menschen in dem Ort ermutigt, sich gegen Fremdenfeindlichkeit zu engagieren. »Wie wir miteinander umgehen, gerade auch mit denjenigen, die uns fremd sind, daran zeigt sich unsere eigene Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit«, sagte Junkermann am 19. April beim Friedensgebet in der Tröglitzer Kirche. Die Andacht findet regelmäßig seit Beginn der asylfeindlichen Aktivitäten im Ort im Januar statt. Sie sei sehr froh, dass es Menschen in Tröglitz gebe, die »nicht schweigen oder einfach mit den Schultern zucken«, sagte Junkermann. Im Friedensgebet könnten die Menschen einander Mut machen und zeigen, »dass sie nicht allein sind in ihrem persönlichen Wunsch nach einem friedlichen und menschlichen Zusammenleben«. Junkermann dankte ausdrücklich allen Menschen, die bei ihrem Einsatz für Fremde und Schutzsuchende »öffentlich Gesicht zeigen«. In Tröglitz wurde am Osterwochenende ein Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft verübt, in der 40 Asylbewerber untergebracht werden sollten. In dem Dorf bei Zeitz schüren vor allem NPD-Vertreter seit längerem Stimmung gegen die Unterbringung.

Anfang März war der ehrenamtliche Ortsbürgermeister Markus Nierth wegen Anfeindungen zurückgetreten.

### **Kriminalität Hakenkreuz-Schmierereien an Flüchtlingsheim Solingen (epd).**

Ein Flüchtlingsheim in Solingen ist mit Hakenkreuzen beschmiert worden. Der Hausmeister der Asylunterkunft an der Cronenberger Straße habe die Schmierereien am Donnerstagmorgen entdeckt, teilte die Polizei Wuppertal am Freitag mit. Unbekannte Täter sprühten vermutlich in der Nacht zu Donnerstag mit schwarzer Farbe je zwei Hakenkreuze auf die Fassade des Gebäudes und auf den Gehweg davor. Die Schmierereien wurden inzwischen entfernt. Der Staatsschutz der Polizei Wuppertal hat die Ermittlungen aufgenommen. Der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith (CDU) warnte davor, die Schmierereien als »Dumme-Jungen-Streich« abzutun. Die Täter wollten Flüchtlinge einschüchtern und Angst verbreiten. »Wir müssen gemeinsam den Anfängen wehren und Extremisten klar machen, dass sie es sind, die in dieser Stadt niemand haben will«, erklärte Feith am Freitag. Solingen werde sich nicht davon abhalten lassen, auch weiterhin Flüchtlinge in der Stadt willkommen zu heißen. Auch im niederrheinischen Moers ermittelt die Polizei, nachdem in der Nacht zu Dienstag Unbekannte die Fassade einer geplanten Asylunterkunft mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert hatten. Nach Angaben der Bundesregierung gab es im vergangenen Jahr in Deutschland 150 Übergriffe auf Flüchtlingsheime, darunter Brand- und Sprengstoffanschläge auf Gebäude, tätliche Angriffe auf Flüchtlinge und volksverhetzende Parolen. Das waren dreimal so viele Vorfälle wie 2013. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 17\\_2015 Seite \\_18](#)

### **Gedenken Gauck besucht sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock**

**Schloss Holte-Stukenbrock/Berlin** (epd). Bundespräsident Joachim Gauck wird am 6. Mai die NSDokumentationsstätte »Stalag 326« und den sowjetischen Soldatenfriedhof im westfälischen Schloss Holte-Stukenbrock besuchen. Der Besuch des Bundespräsidenten gehört zu den Gedenkveranstaltungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren, wie das Bundespräsidialamt am Dienstag in Berlin mitteilte. Bei seinem mehrstündigen Aufenthalt will sich Gauck über die Geschichte des früheren NS-Lagers und das Schicksal der Inhaftierten informieren. Danach wird er auf dem nahe gelegenen Ehrenfriedhof eine Rede halten und der

sowjetischen Soldaten gedenken. Im ehemaligen »Stalag 326«, einem der größten deutschen Kriegsgefangenenlager im Zweiten Weltkrieg, waren zwischen 1941 und 1945 Tausende Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert und zu Tode gekommen. Die Menschen waren größtenteils russische Rotarmisten oder wurden aus Polen, Frankreich und Jugoslawien zwangsverschleppt. In den Massengräbern auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof liegen den Angaben nach mehr als 65.000 Opfer. Das Kriegsgefangenenlager Stalag 326 wurde am 2. April 1945 durch die US-Armee befreit. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 17\_2015 Seite 18

### **»Deutsche Mitschuld am Armenier-Genozid klar benennen« Drei Fragen an die Präses der EKD-Synode, Irmgard Schwaetzer**



**Irmgard Schwaetzer** epd-bild / Neetz

**Frankfurt a.M.** (epd). Am Vorabend des 100. Jahrestages werden christlichen Kirchen in Deutschland in einem ökumenischen Gottesdienst an den Völkermord an den Armeniern erinnern. »Wir sind es den Kindern und Enkeln der Überlebenden schuldig, die deutsche Mitschuld am Genozid klar zu benennen«, sagte die Synodenpräses der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Irmgard Schwaetzer, in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Am 24. April 1915 begann im damaligen Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, die Masseninhaftierung und anschließende Deportation der intellektuellen, politischen und kulturellen Elite der Armenier. Diese bildeten den Auftakt für Massentötungen, denen nach Untersuchungen unabhängiger Historiker in den Jahren 1915 und 1916 mehr als eine Million Menschen zum Opfer fielen.

*epd: Mehr als eine Million Armenier wurden vor 100 Jahren im Osmanischen Reich systematisch verfolgt und in den Tod getrieben. Das Deutsche Reich, mit dem Osmanischen Reich im Ersten Weltkrieg verbündet, hat*

*nichts unternommen, um diesen Völkermord zu verhindern. Hat sich Deutschland dieser historischen Verantwortung ausreichend gestellt?*

**Irmgard Schwaetzer:** Es ist wichtig, an den Völkermord zu erinnern, zu dessen Opfern neben den Armeniern auch 600.000 Aramäer und Pontos-Griechen zählten. Die Historiker haben gezeigt, dass es eine eigene deutsche Schuldgeschichte gibt. Einzelne, wie der evangelische Theologe Johannes Lepsius, setzten sich für die Armenier ein. Doch die damalige Reichsregierung nahm wissend in Kauf, was geschah - und blieb untätig. Die Synode und der Rat der EKD haben sich bereits vor einem Jahrzehnt dazu klar geäußert: Angesichts der deutschen Mitwisserschaft um den Genozid und der daraus resultierenden deutschen Mitschuld bat der damalige Ratsvorsitzende Bischof Huber das armenische Volk um Verzeihung. Der Deutsche Bundestag hat 2005 auf die historische und moralische Verantwortung Deutschlands hingewiesen.

*epd: Am 24. April wird weltweit der offizielle Gedenktag begangen. Im Berliner Dom gedenken am Vorabend die Evangelische Kirche in Deutschland, die katholische Deutsche Bischofskonferenz und die Armenische Kirche in einem ökumenischen Gottesdienst der Opfer des Massakers an den armenischen Christen. Ist dies auch eine Mahnung an die Politik, die deutsche Mitschuld an den Ereignissen von 1915 und 1916 deutlicher beim Namen zu nennen?*

**Schwaetzer:** Wir sind es den Kindern und Enkeln der Überlebenden schuldig, die deutsche Mitschuld am Genozid klar zu benennen. Wir sind deshalb sehr dankbar, dass der Bundespräsident der Einladung nachgekommen ist, im Anschluss an den Gottesdienst im Gedenken an den Genozid sprechen. Von einer solchen Rede kann ein starkes Signal für die intensive Auseinandersetzung mit dem Völkermord ausgehen.

*epd: Sehen Sie denn bei der türkischen Staatsführung Bereitschaft, die Vertreibung und Vernichtung der Armenier 1915 und 1916 realistisch zu bewerten und nicht zu verschweigen?*

**Schwaetzer:** Nach meiner Einschätzung gibt es einen - wenn auch zögerlichen - Wandel in der türkischen Politik im Umgang mit der Thematik. Die Erklärung Erdogans vor einem Jahr, in der er erstmals den Enkeln der Opfer der Massaker Beileid aussprach, hat viele überrascht. Allerdings entsprechen manche Worte des türkischen Ministerpräsidenten danach noch immer nicht einer realistischen Bewertung dessen, was 1915 geschah.

*epd-Gespräch: Rainer Clos*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 17\_2015 Seite \_22**



## **Todesmärsche in die Wüste Der Genozid an den Armeniern belastet das türkisch-armenische Verhältnis bis heute**

**Frankfurt a.M.** (epd). Das Morden beginnt mit einer Razzia. Am 24. April 1915 lässt die Regierung des Osmanischen Reichs im heutigen Istanbul rund 600 armenische Politiker und Intellektuelle verhaften. Im Juni tritt ein Deportationsgesetz in Kraft. Die christlichen Armenier werden zunächst ins östliche Anatolien gebracht, wo ihr Hauptsiedlungsgebiet ist und sie seit Jahrhunderten gelebt haben. Von dort geht es in Todesmärschen nach Süden, in die Wüste Mesopotamiens, ins heutige Syrien. Pogrome an Armeniern gab es im Osmanischen Reich, dem Vorgängerstaat der Türkei, immer wieder. Etwas Hoffnung schöpften die Verfolgten, nachdem die Jungtürken im Reich 1908 die Macht ergriffen hatten. Diese Gruppe wollte das Land nach dem Vorbild der europäischen Nationalstaaten reformieren und die Minderheiten einbinden. Aber die Lage des Reichs bessert sich nicht - und die Jungtürken radikalieren sich, vor allem nach den Niederlagen gegen Italien und die Balkanstaaten 1912 und 1913. Besonders ihr Blick auf die Armenier wird unfreundlicher. Tatsächlich streben einige armenische Gruppen nach Autonomie und arbeiten mit Russland zusammen, wo ebenfalls viele Armenier wohnen und das seit 1914 Gegner im Ersten Weltkrieg ist. Als die militärische Lage kritisch wird - die alliierte Landung bei Gallipoli steht bevor, Istanbul ist bedroht - schlagen die Osmanen los. Offiziell ist es eine »Umsiedlungsaktion«, doch die jungtürkische Regierung trifft keinerlei Vorbereitungen, um die ein bis zwei Millionen Armenier im heutigen Syrien aufzunehmen. Sie steckt sie in Lager, gibt ihnen weder Obdach noch Nahrung noch Land. Bis 1917 dauern die Vertreibungen an. Schätzungen zufolge sterben 600.000 bis 1,5 Millionen Menschen. Auch armenische Soldaten der osmanischen Armee werden entwaffnet, in Arbeitsbataillone gesteckt und massakriert. Viele Mitglieder der lokalen Bevölkerung beteiligen sich an den Verfolgungen, rauben die Vertriebenen aus, töten sie und plündern armenische Schulen, Kirchen oder Klöster. Es gibt aber auch Beispiele von Türken, Arabern und Kurden, die Armenier verstecken oder ihnen zu essen geben. Für Kirchenvertreter und viele Historiker war es der erste Völkermord im 20. Jahrhundert. Rund 20 Staaten, darunter Frankreich, sprechen offiziell von Genozid, Deutschland zählt nicht dazu. Die Türkei bestreitet bis in die Gegenwart, dass das Vorgehen gegen die Armenier ein geplanter Völkermord gewesen sei. Yusuf Sarinay etwa, der Leiter der türkischen Staatsarchive, führt Dokumente auf, wonach der osmanische Innenminister Talat Pascha Verbrechen gegen deportierte Armenier streng geahndet habe und dafür sogar mehr als 1.600 Todesurteile gegen Türken unterzeichnet habe. Die Türkei verweist auch auf armenischen Terror, der die Vertreibung der christlichen Minder-

heit erst ausgelöst habe. Tatsächlich griffen manche der Verfolgten zu den Waffen, etwa in der Stadt Van im Osten der Türkei. »Die Verteidigung der Armenier in Van kam einem Aufstand vielleicht noch nahe, alle anderen bewaffneten Auseinandersetzungen waren reine Abwehrkämpfe«, sagt Wolfgang Gust. Der ehemalige »Spiegel«-Journalist hat gemeinsam mit seiner Frau Sigrid über den Völkermord geforscht und viele Originaldokumente zusammengetragen. Es seien die Türken gewesen, die sich zuerst an der Minderheit vergriffen hätten, nicht umgekehrt. In Deutschland gedenken die Kirchen am 23. April mit einem ökumenischen Gottesdienst im Berliner Dom der Opfer. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat bereits vor zehn Jahren zum 90. Jahrestag, eine »Erklärung zum Völkermord an den Armeniern« abgegeben: »Erinnern um der Versöhnung willen«. Ein deutscher Beitrag zur Aufarbeitung des Geschehenen sei unabdingbar, heißt es darin. Denn das Deutsche Reich war dem osmanischen Verbündeten im Ersten Weltkrieg beim Genozid behilflich, das verdeutlichen mehrere der Dokumente, die Gust gesammelt hat. Deutsche Verbindungsoffiziere sorgten etwa für die Logistik beim Abtransport der Armenier mit der Eisenbahn. Bis heute sind die Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien belastet, die Grenze zwischen beiden Staaten ist geschlossen. Der armenische Journalist Hrant Dink, der auf eine Aufarbeitung drängte, wurde 2007 in Istanbul erschossen. Am 23. April 2014 versuchte der damalige Ministerpräsident und heutige Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, eine Annäherung. Er sprach Armenien sein Beileid für die Toten des Kriegs aus. »Die Vorfälle des Ersten Weltkriegs sind unser gemeinsamer Schmerz«, sagte Erdogan. Die armenische Regierung nahm diese Geste nicht als Entschuldigung an. Denn Erdogan hatte im selben Atemzug auch die Leiden der anderen Völker des Osmanischen Reichs genannt und das Wort »Völkermord« nicht in den Mund genommen. Unklar ist, welche Absicht hinter den Äußerungen Erdogans stand. »Die türkische Gesellschaft ist ihrer eigenen Regierung voraus«, urteilt der US-Historiker Ronald Grigor Suny von der Universität von Michigan. »Ich glaube, Erdogan manövriert, um der armenischen Frage im Vorfeld des Jahrestags des Genozids die Brisanz zu nehmen.« Andere Wissenschaftler glauben, Erdogan wolle die türkische Öffentlichkeit auf die formelle Anerkennung des Völkermords vorbereiten. Dies gilt auch als eine der Voraussetzungen für einen EU-Beitritt. »Hier geht es uns heute wie einst den Kreml-Astrologen«, sagt Gust. »Alles ist möglich.« *Von Nils Sandrisser epd*  
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 17\_2015 Seite \_23

## **Bonner Ausstellung zeigt »Frauen in Krieg und Frieden«**

**Bonn** (epd). Das Frauenmuseum in Bonn erinnert seit Sonntag mit einer Sonderausstellung an das Engagement von Frauen für Frieden in Europa. Unter dem Titel »Frauen in Krieg und Frieden 15 - 45 - 15« werden unterschiedliche Werke von 55 Künstlerinnen gezeigt. Sie widmen sich zeitübergreifend dem Thema in Film, Rauminszenierungen, Fotografie und Malerei. Anlass für die Schau sei die Internationale Friedenskonferenz sozialistischer Frauen von Bern sowie der Internationale Frauenfriedenskongress von Frauenrechtlerinnen in Den Haag vor 100 Jahren, erklärte das Museum. Mehr als 1.000 Repräsentantinnen aus zwölf Staaten hätten 1915 viele gesellschaftliche Hürden und Schikanen in Kauf, um gemeinsam über Wege zum Frieden zu diskutieren und Resolutionen zu verfassen. Dieses Engagement von Frauen sei heute in Vergessenheit geraten, wenn über den Ersten Weltkrieg gesprochen werde. Die Sonderausstellung bis 1. November geht dem Thema historisch und künstlerisch nach, wie es hieß. In den gezeigten Werken spiegelten sich die Ziele der Friedensaktivistinnen, ihre eigene Familiengeschichte, die Auswirkungen des Krieges auf den Alltag, die Arbeit, die Flucht und Verluste. So präsentiert die Künstlerinnengruppe »Trümmerfrauen« Arbeiten zur Zeit nach 1945. Marlen Seubert thematisiere mit »Projektfläche Haut« zeitübergreifend die existenzielle Bedrohung der Frauen durch Krieg und Gewalt. Im historischen Teil der Ausstellung wird nach Museumsangaben neben vielen Beispielen aus dem Deutschen Reich auch die internationale Situation um 1915 beleuchtet. Frauen waren in den meisten Ländern sowohl an der »Heimatfront« als auch zum ersten Mal in größerem Umfang hinter der Front am Ersten Weltkrieg beteiligt. Bürgerliche Frauen engagierten sich ehrenamtlich in der Kriegsfürsorge, Millionen Arbeiterinnen waren unter großen Gefahren in den Munitionsfabriken beschäftigt. In allen Ländern versorgten Krankenschwestern in den Lazaretten verwundete Soldaten. Es gab auch Frauenlegionen. Mit Blick auf die weitere Geschichte werden außerdem Portraits aller bisherigen 16 Friedensnobelpreisträgerinnen gezeigt.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 17\_2015 Seite \_42**

## **Bunkerkirche in Düsseldorf zeigt Werk von Otto Pankok**

**Düsseldorf** (epd). Unter dem Titel »Maler der Verfolgten« zeigt die Bunkerkirche St. Sakrament in Düsseldorfer Stadtteil Heerdt seit Samstag eine Ausstellung zu Person und Werk des Künstlers Otto Pankok (1893-1966). Die bis zum 17. Mai laufende Schau präsentiert Kohlezeichnungen

und Holzschnitte von Pankok sowie Dokumentationsstafeln über die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti, kündigten die Veranstalter an. Pankok begann in den 1930er Jahren, das Leben der Düsseldorfer Sinti zu zeichnen und setzte sich zeitlebens für ihre Integration ein. Das Hauptmotiv des Malers, Grafikers und Bildhauers, der zur Künstlervereinigung Rheinische Sezession gehörte, war der erniedrigte und leidende Mensch. 1936 wurde er von den Nationalsozialisten diffamiert, viele seiner als »entartet« geltenden Werke wurden beschlagnahmt. Pankok arbeitete illegal weiter und lebte während dieser Zeit in Gildehaus, im Bourtanger Moor und im Emsland. Die meisten seiner Bilder hielt er bei Soest versteckt. 1947 wurde er Professor an der Düsseldorfer Kunstakademie. Die Initiative Friedensort Bunkerkirche zeigt die Ausstellung in Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und dem Otto-Pankok-Museum Hünxe.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 17\_2015 Seite \_45**

**Aus: epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 16\_2015**

### **Bonhoeffer-Gedenken EKD-Ratschef ermutigt Christen zur Einmischung**

**Hamburg** (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, hat die Christen ermuntert, sich an der Radikalität des Theologen Dietrich Bonhoeffer zu orientieren und sich politisch einzumischen. »Wer fromm ist, muss politisch sein«, schreibt Bedford-Strohm in einem Beitrag für die Wochenzeitung »Die Zeit« zum 70. Todestag des Widerstandskämpfers Bonhoeffer. Die Kirche der Gegenwart, die in Gefahr stehe, »sich bürgerlich einzurichten«, brauche derartige Impulse. »Radikalität und Realismus werden heute in der Regel als Widerspruch gesehen. Bei Bonhoeffer finden sie zusammen«, argumentiert der Landesbischof. Wenige Wochen vor Kriegsende war Bonhoeffer zusammen mit anderen Männern des Widerstandes gegen die NS-Diktatur am 9. Mai 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg hingerichtet worden. Wie bei Bonhoeffer gehörten öffentliche Verantwortung, diakonischer Dienst an den Opfern staatlichen Handelns sowie »dem Rad selbst in die Speichen zu fallen« auch heute zu den Aufgaben der Kirche gegenüber Staat und Öffentlichkeit, schreibt der EKD-Ratsvorsitzende. Bonhoeffers Beispiel fordere die Kirche dazu auf, schwierigen ethischen Entscheidungen nicht auszuweichen. »Wer militärisch handelt, macht sich schuldig. Aber auch, wer nichts Wirksames gegen den Terror tut, lädt Schuld auf sich«, schreibt Bedford-Strohm mit Hinweis auf die friedensethische De-

batte über ein militärisches Eingreifen gegen den Terror des »Islamischen Staats«.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 16\\_2015 Seite \\_2](#)

### **Friedensethik Huber forderte völkerrechtliche Regeln für Kampf-drohnen**

**Berlin** (epd). Der evangelische Sozialethiker Wolfgang Huber hält völkerrechtliche Regelungen zum Einsatz unbemannter Kampfdrohnen für geboten. Voll automatisierte Waffensysteme senkten die Hemmschwelle für militärische Gewalt, sagte der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 9. April in Berlin. Unbemannte Kampf-drohnen gefährdeten den Vorrang nichtmilitärischen Handels und des Rechts. »Sie untergraben die moralische und rechtliche Zurechnung von Verantwortung für die Entscheidung über Leben und Tod«, sagte Huber. Huber sprach in der Zionskirche zum 70. Todestag von Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) über dessen Friedensethik. Der Theologe und Widerstandskämpfer war 1931/32 an der Zionsgemeinde tätig. Am 9. April 1945 wurde der Theologe im KZ Flossenbürg ermordet. Bonhoeffers Konzept eines »christlichen Pazifismus« sei eine klare Absage an jeglichen Militarismus, aber kein Plädoyer für »prinzipiellen Pazifismus«, argumentierte Huber. Gemeint sei vielmehr ein Friedenshandeln, das Gewaltfreiheit den Vorrang einräume. Mit Hinweis auf den Terror des »Islamischen Staates« im Nahen Osten ergänzte der Theologe, es gebe Situationen, in denen es zur Gegengewalt keine Alternative gebe. Das Gebot »Du sollst nicht töten« gebiete es dann, nicht töten zu lassen. Notwendig in diesen Grenzsituationen ist Huber zufolge, dass rechtserhaltende Gewalt international autorisiert ist, die eingesetzten Mittel verhältnismäßig sind und die Grundsätze des humanitären Völkerrechts eingehalten werden. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 16\\_2015 Seite \\_5](#)

### **Weltweite Rüstungsausgaben 2014 leicht gesunken**

**Stockholm/Bangkok** (epd). Die weltweiten Rüstungsausgaben sind 2014 das dritte Jahr in Folge gesunken. In einigen Regionen, etwa in Osteuropa und Russland, stiegen die Militäretats allerdings, wie aus dem am 13. April vorgestellten Jahresbericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri hervorgeht. Demnach ist der leichte Rückgang von 0,4 Prozent auf 1,8 Billionen US-Dollar (knapp 1,7 Billionen Euro) vor allem auf Kürzungen in Westeuropa sowie in den USA und Südamerika zurückzuführen. Mehr

Geld für militärische Zwecke gaben neben osteuropäischen Staaten auch Länder in Asien, dem Nahen Osten und Afrika aus. Obwohl die USA ihre Militärausgaben zurückgefahren haben, führen sie weiterhin die globale Rangliste an, gefolgt von China, Russland und Saudi-Arabien. Demnach steigerte China seine Ausgaben im vergangenen Jahr um 9,7 Prozent, Russland um 8,1 Prozent. Saudi-Arabien hat sein Militärbudget gar um 17 Prozent aufgestockt. Deutschland belegt nach Saudi-Arabien, Frankreich, Großbritannien und Indien den achten Platz. In den USA sanken die Ausgaben aufgrund von Einsparungen im Verteidigungsetat um 6,5 Prozent auf 610 Milliarden Dollar. Seit dem Höchststand 2010 beträgt der Rückgang laut Sipri 20 Prozent. Dennoch liegen die US-Ausgaben noch immer deutlich über dem Niveau vor den Anschlägen des 11. September 2001 und machen 34 Prozent der weltweiten Militärinvestitionen aus. Angesichts des Ukrainekrieges haben Russland und die Ukraine sowie auch Polen und die baltischen Staaten ihre Ausgaben deutlich erhöht. Die Ukraine hat etwa 23 Prozent mehr für Rüstungsgüter ausgegeben. Allerdings gehen die Stockholmer Friedensforscher von einem höheren Anstieg aus: Die tatsächlichen Kosten des andauernden Konflikts seien schwierig zu ermitteln. Für 2015 rechnet Sipri damit, dass die Ukraine ihre Rüstungsausgaben verdoppeln könnte. Die russischen Militärinvestitionen könnten im laufenden Jahr ebenfalls weiter steigen, und zwar um 15 Prozent. Polen verzeichnete ein Plus von 13 Prozent, wobei der Anstieg in Teilen auf langfristige Pläne zur Modernisierung der Armee zurückzuführen ist. In Asien und Ozeanien stiegen die Ausgaben laut Sipri im vergangenen Jahr um fünf Prozent. Allein Afghanistan habe ein Plus von 20 Prozent verzeichnet. In Afrika haben sich die Ausgaben um knapp sechs Prozent erhöht. Vor allem Algerien und Angola haben demnach in Rüstungsgüter investiert.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 16\_2015 Seite \_24**

## **Was der Krieg hinterlässt Essener Folkwang Museum zeigt Fotos über Folgen von Konflikten**



**Ein voellig zerstörtes ehemaliges Wohn- und Geschäftshaus im Westen Kabuls erinnert an militärische Auseinandersetzungen vergangener Jahrzehnte.**

**Essen** (epd). Starr ist sein Blick, soweit man die Augen unter dem Helm überhaupt erkennen kann. Das Gewehr hält der Soldat der US-Marine fest in der Hand.

Der Betrachter des Fotos kann erahnen, dass der Mann, der im Vietnamkrieg vom Kriegsfotografen Don McCullin abgelichtet wurde, Schreckliches erlebt haben muss. Die Grausamkeiten selbst sind auf dem Bild aber nicht zu sehen. Genau darin liegt die Aussagekraft der neuen Ausstellung »Conflict, Time, Photography« im Essener Folkwang Museum: Sie zeigt Bilder über den Krieg, ohne die Brutalität in allen Einzelheiten darzustellen. Bis zum 5. Juli sind in dem Essener Museum Bilder von 35 Fotografen von Kriegen und Konflikten rund um den Globus zu sehen. Entgegen der üblichen Bilder mitten aus dem Krieg gehe es »um die Spuren, die der Krieg hinterlassen hat, um die Nachwirkungen, die Erinnerungen und nicht zuletzt um die Verletzungen, die Menschen, Häuser und Landschaften erlitten haben«, sagte der stellvertretende Museumsdirektor Hans-Jürgen Lechtreck bei der Vorstellung der Schau. Gezeigt werden Bilder, die unmittelbar nach einem Kampf oder aber Tage, Monate oder Jahrzehnte später aufgenommen wurden. Die ältesten stammen aus dem Jahr 1855, vom damaligen Krimkrieg, die jüngsten Aufnahmen sind 2013 in Westflandern an Orten entstanden, an denen fahnenflüchtige Soldaten im Ersten Weltkrieg erschossen wurden. Schon im Krimkrieg (1853-1856) stellte sich die Frage, wie es Fotografen im Krieg mit der Wahrheit halten. Denn es bestehen bis heute Zweifel, ob es wirklich so viele Kanonenkugeln waren, die vor der russischen Stellung in Sewastopol gelegen haben - oder ob das Foto manipuliert wurde. Um die wirklichen Folgen des Irakkrieges deutlich zu machen, reiste die französische Fotografin Sophie Ristelhueber 1991 in die Golfregion. Ihre Bilder, auf einer großen Leinwand zusammengestellt, deuten mit Einschusslöchern, Gefechtsgräben und brennenden Ölfeldern das Ausmaß an Schaden an, den der Krieg hinterlassen hat. Die fatalen Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki haben japanische Fotografen zum Thema gemacht und ihre Eindrücke von traumatisierten Menschen und zerstörter Landschaft ins Bild gesetzt. An den Bürgerkrieg im Libanon in den 70er Jahren erinnern die gezeigten Fotos zahlreicher Automotoren. Der Konflikt wurde vor allem mit Autobomben geführt. In Nordirland herrschte während der jahrzehntelangen Unruhen Angst und Schrecken, wie die Bilder von Gesichtern der Menschen aus damaliger Zeit zum Ausdruck bringen. Die Ausstellung war bereits in der Londoner Tate Modern Galerie zu sehen. Für die Schau im Folkwang Museum wurde die Präsentation um Fotos erweitert, die die Zerstörungen nach dem Zweiten Weltkrieg in Essen und umliegenden Städten zeigen. Fotografen aus der ganzen Welt reisten damals an, um die Industrielandschaft, die in Schutt und Asche lag, festzuhalten. Der damalige Essener Lokalreporter Willy van Heekern gehörte zu den Fotografen, die nicht nur die zerstörten Industrieanlagen ablichtete, sondern auch an dem persönlichen Schicksal der Menschen interessiert war. Besonders eindrucksvoll

sind Fotos aus einer Wohnung, in der Bomben keinen Stein auf dem anderen gelassen haben. »Uns kommt es mit der Ausstellung darauf an zu zeigen, wie aus individueller Geschichte eine Gesamthistorie wird«, sagte der stellvertretende Museumsleiter Lehtreck. Von Köln ist auf den Fotos kaum etwas wiederzuerkennen, alles scheint in Schutt und Asche gelegt worden zu sein. Dass der Krieg aber den Überlebenden nicht alle Lebensfreude genommen hat, lässt sich an einer Fotografie aus dem Jahre 1949 ausmachen: Damals wurde mitten in Trümmern wieder Karneval gefeiert. Die Ausstellung ist dienstags und mittwochs sowie am Wochenende von 10 bis 18 Uhr und donnerstags und freitags von 10 bis 20 Uhr geöffnet.

*Theo Körner (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 16\_2015 Seite \_37**

## **Horror, Ultragewalt und Abenteuer Der »Islamische Staat« verfolgt eine moderne Medienstrategie**

**Genf** (epd). Ein Selbstmordattentäter sprengt sich in die Luft, ein kleiner Junge erschießt hilflose Geiseln, Gefangenen werden vor laufender Kamera die Köpfe abgeschlagen: In den Videos der Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) wird kein noch so brutales Detail ausgelassen. Jeder Film übertrifft dabei die Grausamkeit des vorhergehenden. Zufall sei das nicht, sondern Teil einer ausgeklügelten Medienstrategie, sagt Asiem El Difraoui. Der in Offenbach geborene Politologe hat 2010 über den »Dschihad der Bilder« promoviert. Seitdem, sagt er, habe sich der Stil der dschihadistischen Propaganda stark gewandelt. Die heutige Bildersprache der Terroristen bediene sich bei der globalen Jugendkultur: »Man hat das Gefühl, man ist in der Videospieleästhetik oder im schlimmsten, trashigsten amerikanischen Horrorfilm.« Und damit werde eine bestimmte Zielgruppe erreicht. »Diese Propaganda wendet sich an junge Leute, die aufgewachsen sind mit dem Schlimmsten, was der Westen so produziert hat: Völlig wertlose unmoralische Filme und Videospiele voller Ultragewalt.« Manche Vorbilder laufen auch in Bildungsbürgerhaushalten: Die Fantasyserie 'Game of Thrones' etwa, wo in Hochglanzästhetik Männer gemeuchelt, Frauen vergewaltigt und Kinder misshandelt werden. »Der IS dreht diese virtuelle Welt des Horrors und des Trashes dann um, um Leute anzuziehen«, sagt der Politologe El Difraoui. »Diese Menschen, die vermutlich die Cyberwelt nicht von der realen Welt unterscheiden können, gehen dann zum 'Islamischen Staat' und machen dort echte Horrorfilme, wo wirklich Menschen sterben.« Die Videos verbreiten sich anschließend schnell über Online-Netzwerke.



**Krieg der Bilder** Theo Padnos kennt diesen echten Horror aus eigener Erfahrung. Zwei Jahre lang war der US-Journalist Geisel der syrischen Al-Nusra-Front, die zum Terrornetzwerk Al-Kaida gehört. Die Welt der Propagandavideos habe mit dem Krieg etwa in Syrien nichts zu tun, sagt er: »Die Dschihadisten, die uns im Westen beschäftigen, spielen vor Ort genau eine Rolle: Sie sollen Aufmerksamkeit in den Medien schaffen.« Ein Beispiel: Dschihadi-John, der Schlächter mit britischem Pass, der seine Opfer in mehreren IS-Videos köpft. »Die Figur des Dschihadi-John hat der 'Islamische Staat' nur aus einem Grund kreiert: Weil die IS-Anführer wissen, dass Johns Botschaften bei uns ankommen«, glaubt Padnos. »Und das tun sie.« Der Journalist ist der Ansicht, dass ein weiteres Element für den Erfolg der IS-Videos entscheidend ist: das Hollywood-Klischee von Freiheit, Freundschaft und Abenteuer. »Da sitzen junge Männer zusammen in der Wildnis, die gemeinsam einen obskuren Eid schwören und ewige Männerfreundschaft schließen«, höhnt Padnos. Das sei wie in »Star Wars«. Anders als der Krieg der Sterne aber ist der Krieg der Bilder fest in der Realität verwurzelt. Gruppen wie der IS sind vergleichsweise klein und stehen ganzen Armeen gegenüber. In diesem asymmetrischen Konflikt entscheidet die erfolgreiche Mediatisierung selbst kleinerer Anschläge über Sieg oder Niederlage, glaubt Asiem El Difraoui. Der Krieg des IS ist für ihn deshalb auch ein Medienkrieg. Westlichen Medien wirft er vor, sich als Kriegswaffe missbrauchen zu lassen.

**Kritik an westlichen Medien** »Dieser Bildschihad des Web 2.0 wird von den europäischen Medien sofort aufgenommen«, kritisiert der Politologe. »Da werden die spektakulärsten Bilder gezeigt, nicht der totale Horror, aber kurz davor, und das Ganze nimmt einen Platz in den Medien ein, der einfach viel zu groß ist.« Den Mechanismus des »schneller, höher, weiter« nutze der IS zu seinen Gunsten aus. »Wenn der Horror mal nicht mehr so klappt und keiner mehr so richtig darüber berichtet, dann wird eben das Weltkulturerbe in Mossul zerstört - und somit kommt man wieder in die Weltöffentlichkeit.« Das Lügengebäude des IS werde in den Berichten selten entlarvt, kritisiert El Difraoui. Westliche Medien übernehmen unkritisch vom IS erfundene Mythen, etwa die Legende vom Märtyrertum der angeblichen Gotteskrieger. »Um diese spektakulären Bilder sind viele Lügen gebildet, ein Heilsversprechen, das man immer wieder widerlegen muss.« Vor allem aber dürfe man islamistischen Propagandavideos nicht mehr so viel Sendezeit widmen. Nur dann könne der Dschihad der Bilder entzaubert und der Propagandakrieg des IS besiegt werden. *Marc Engelhardt (epd)*

## **Aus dem Newsletters der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.**

Dossier Innerstaatliche Konflikte - Ursachen und Hintergründe der Krisen und Umbrüche in der arabischen Welt

-----

Die Ursachen für die Krisen in der arabischen Welt sind sowohl in blockierten Reformprozessen als auch in der brutalen Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs der Eliten begründet. Da diese Kräfte von den politischen und religiösen Konflikten profitieren, ist nicht mit einer schnellen Befriedung zu rechnen.

<http://www.bpb.de/202360>

Aus Politik und Zeitgeschichte - 70 Jahre Kriegsende

-----

Am 8./9. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Entfesselt vom Deutschen Reich, forderte er weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Die Nachkriegsordnung war zwar geprägt vom Kalten Krieg, sicherte aber dennoch eine jahrzehntelange Phase friedlicher Entwicklung in Europa.

<http://www.bpb.de/204298>

Schriftenreihe - Beihilfe zum Völkermord

-----

Welche Rolle spielte das Deutsche Reich beim Völkermord an den Armeniern? Jürgen Gottschlich arbeitet auf der Grundlage von deutschen und türkischen Archiven heraus, wie und in welcher Weise deutsche Offiziere, Politiker und Diplomaten in die Tragödie verstrickt waren.

<http://www.bpb.de/203527>

Schriftenreihe - Exodus

-----

Wer Einwanderer ist, ist zugleich Auswanderer. Paul Collier fragt nach den rechtlichen, politischen und humanitären Konsequenzen von Wanderung, auch für die Staaten, die Menschen verlieren, und nach der künftigen Gestaltung globaler Migration.

<http://www.bpb.de/204001>

Schriftenreihe - In den Gangs von Neukölln

-----

Wie gelingt Integration - oder auch nicht? Christian Stahl hat den Sohn einer Zuwandererfamilie in einem gesellschaftlichen Brennpunkt Berlins zehn Jahre lang begleitet. Sein Buch wirft drängende Fragen an die deutsche Integrationspolitik auf.

<http://www.bpb.de/203676>

Informationen zur politischen Bildung - Regieren jenseits des Nationalstaates

-----  
Regieren jenseits des Nationalstaates ist so vielfältig wie komplex. Das vorliegende Heft benennt Handlungsfelder und analysiert Möglichkeiten und Grenzen supranationaler Regulierung und Kooperation in einer globalisierten Welt.

<http://www.bpb.de/204220>

### **Friedenspädagogik Tübingen / Berghof Foundation; neuste Publikation:**

#### **„Krieg und Flucht im Unterricht. Biographische Zugänge und didaktische Materialien“.**

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg waren 2014 über 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Die Folgen sind auch in Deutschland spürbar. Lehrerinnen und Lehrer sehen sich vor neue Herausforderung gestellt, denn eine wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen ist selbst aus Kriegsregionen geflohen oder hat Verwandte oder Freundinnen und Freunde dort. Für viele Schülerinnen und Schüler ist es aufgrund ihrer emotionalen Betroffenheit, der hohen Komplexität des Themas und der Nachrichtenvielfalt schwierig, Informationen über aktuelle Kriege und Fluchthintergründe weltweit einzuordnen. Hier setzt unser Lehrmedium „Krieg und Flucht im Unterricht“ an, das für die Sekundarstufe I entwickelt wurde. Es leistet mit einem biographisch orientierten Ansatz einen authentischen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Thema „Krieg und Flucht“ in Unterricht und Schule. Das dem Heft zugrunde liegende Projekt wurde vom Staatsministerium Baden Württemberg finanziell gefördert. Weitere Informationen finden Sie in dem beigefügten Flyer. Die Broschüre kann zum Preis von 10,00 EURO zuzüglich Versandkosten per Mail ([order@berghof-foundation.org](mailto:order@berghof-foundation.org)) oder über unseren Internetshop (<http://www.berghof-foundation.org/publications/publication/krieg-und-flucht-im-unterricht/>) bestellt werden.

### **Newsletter: Friedensbildung Schule**

[fbs-newsletter-xxxv-april-2015-625.pdf](#) (532 KB) [Anzeigen](#)